



Antrag 81/I/2014

Beschluss

Überweisung AH-Fraktion (Zur Weiterleitung an den AK II der SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Ey Alter! Was hast du gesagt?!“ – Diskriminierung an Berliner Schulen klar entgegnetreten

Diskriminierung verschiedenster Form gehören an Berliner Schulen weiterhin zum Schulalltag. Auf den Schulhöfen, in den Klassenräumen und sogar im Unterricht selbst findet man viele Beispiele, die zeigen, dass die Menschen in der Berliner Schullandschaft nicht alle so tolerant und vielfältig sind, wie es der Fall sein sollte. Nicht selten werden Ausdrücke unreflektiert von Schüler*innen als Beleidigung genutzt. Für sie sind diese Ausdrücke normal. Die Schüler*innen wissen meist nicht, dass bestimmtes Vokabular diskriminiert, dass manche Schimpfwörter einfach keine sind, und dass ihr Verhalten rassistisch ist. Sie kennen diese aus ihrem Alltag, von ihren Freund*innen und den Medien. Diese Wörter sind für sie Modeschimpfwörter. Das Problem ist hier aber nicht nur die Außenwelt, sondern auch die Schule selbst, denn die Schule macht nicht auf die Problematik aufmerksam. Die Lehrer*innen greifen oftmals nicht ein, oder bekommen die Wortwahl und Verhaltensweisen ihrer Schüler*innen gar nicht erst mit. Es gibt sogar öfter Fälle in denen Lehrer*innen Stereotype in und während des Unterrichts auch noch reproduzieren. Auch in Lehrmaterialien lassen sich leicht viele Stereotype finden. Die Schüler*innen sind von Alltagsdiskriminierung also umgeben. Warum sollten sie sich anders verhalten, wenn sie es doch nur so vorgelebt bekommen? Und an wen sollen sich Schüler*innen wenden, wenn sie von Diskriminierung betroffen sind? Das Abhängigkeitsverhältnis ist in der Schule ist enorm: Neben dem großen Altersunterschied zwischen Lehrer*in und Schüler*in und anderen wichtigen Faktoren, sind die Schüler*innen auch von der Benotung durch den*die Lehrer*in abhängig. Dies führt unter anderem bei Sexismus bzw. sexistischem Verhalten gegenüber Schüler*innen dazu, dass diese sich zwar verletzt fühlen, jedoch sich selten trauen, dies zu äußern. Oft wissen Schüler*innen nicht, an wen sie sich damit wenden können. Die Schüler*innen bekommen in der Schule Stereotype und Sexismus vorgelebt und es kann sogar sein, dass die Schüler*innen den Sexismus z.B. nicht einmal erkennen, und reproduzieren ihn dann selbst weiter. Dies ist bei vielen Diskriminierungsformen Realität. Die Schüler*innen kennen zwar die Begriffe, aber wissen weder, was sie bedeuten, noch dass diese Formen der Diskriminierung auch sie selbst verwenden.

Die momentanen Zustände sind nicht akzeptierbar. Es muss etwas getan werden. Schüler*innen sollen in einer Schule lernen, die frei ist von Diskriminierung, und in der sie selbst lernen wie sie sich diskriminierungsfrei verhalten. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass die Schüler*innen nicht nur mit einem (guten) Abschluss, sondern auch mit einer großen Portion an Wissen und Aufklärung über Rassismus, Sexismus und Antisemitismus aus der Schule kommen. Nur wenn die Schüler*innen Bescheid wissen und lernen, ihr eigenes Handeln zu reflektieren, dann reproduzieren sie nicht unbedacht.

Deshalb fordern wir:

Einen Tag gegen Diskriminierung an jeder Berliner Schule !

Es soll ein verpflichtender Tag gegen Diskriminierung eingeführt werden, an dem sich jede Schule beteiligen muss. Inwiefern die Organisation erfolgt, ist der Schule freigestellt, ein individueller Beitrag ist aber Pflicht. An einem solchen Tag sollen die Schüler*innen sich einen ganzen Tag (und vielleicht durch die Vorbereitung auch schon im Vorfeld) mit dem Thema Diskriminierung heute befassen. Sie sollen beispielsweise innerhalb eines Projekts lernen, was Diskriminierung überhaupt heißt. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass der Tag für die Schüler*innen trotz eines ernstes Themas altersgerecht und attraktiv gestaltet wird. Das Land soll durch Aufzeigen oder Bereitstellen von (bereits bestehenden) Angeboten die Schulen unterstützen. Dieser Tag sollte jedoch nicht an einem zentralen Datum stattfinden, da beispielsweise versch. Initiativen nicht die Kapazitäten haben, an einem Tag in allen Berliner Schulen zu sein.

Aufklärung über Diskriminierung in den Lehrplan festschreiben!



LANDESPARTEITAG SPD BERLIN PARTEITAG I / 2014

Wir fordern, dass die Aufklärung über Alltagsdiskriminierung in den Lehrplan von Ethik oder Sozialkunde festgeschrieben wird. Die Schüler*innen sollen nicht nur über Diskriminierung im historischen Kontext, sondern auch über aktuelle Diskriminierungsformen aufgeklärt und so für diskriminierende Verhaltensweisen sensibilisiert werden. Ein Hinweis bzw. eine Sensibilisierung auf dieses Verhalten kann das Verhalten der Schüler*innen komplett verändern.

Ansprechpartner*innen müssen klar erkennbar sein !

Für Schüler*innen ist es momentan unersichtlich, an wen sie sich wenden sollen, wenn sie sich von Diskriminierung betroffen fühlen, und sie nicht zu einer Person gehen wollen, die in ihrer Schule arbeitet, wie z.B. der/ die VertrauenslehrerIn. Das Land Berlin muss dafür sorgen, dass für jede/n offensichtlich ist, an wen sie/er sich wenden kann, wenn ein Problem mit Diskriminierung auftritt. Dabei muss gewährleistet werden, dass externe Fachkräfte an den Schulen eingestellt werden, an die sich die Schüler*innen wenden können. Diese sollten nicht selbst Lehrer*in an der Schule sein, sondern Berufsfelder wie Schulsozialarbeiter*in oder Schulpädagog*in ausüben. Jede Berliner Schule sollte über eine solche Fachkraft verfügen, an die sich die Schüler*innen jederzeit, in einem extra für diese Fachkraft eingerichteten Raum, vertraulich wenden können.

Lehrer*innen zum Eingreifen bewegen!

Wir fordern, dass Lehrer*innen für diskriminierendes Verhalten von Jugendlichen sensibilisiert werden, indem sie an regelmäßigen Pflichtseminaren teilnehmen. Diese Seminare sollen Lehrkräften nicht nur über Diskriminierung und deren Gebrauch durch und Auswirkungen auf Jugendliche aufklären sondern ihnen außerdem aufzeigen, wie sie reagieren & eingreifen sollten, wenn sie Vorfälle dieser Art in ihrer Klasse oder auf dem Schulhof erleben. Ausserdem sollten sie dazu angeregt werden über die Reproduktion von Stereotypen in ihrem eigenen Unterricht nachzudenken, und inwiefern sie dieses verhindern können. Wichtig ist außerdem, dass die Lehrer*innen bei „Extremfällen“, die sie in ihrer Schule mitbekommen diese nicht „unter den Tisch kehren“. Es muss selbstverständlich sein, dass diese/r LehrerIn dem/der KlassenlehrerIn und dem/der SchulleiterIn über den Vorfall Bescheid geben und der/die betroffene SchülerIn muss hier mit einer Maßnahme rechnen.

Organisationen wie „Schule ohne Rassismus“ weiterhin unterstützen!

Organisationen wie „Schule ohne Rassismus“, die sich gegen Alltagsdiskriminierung an Schulen einsetzen, sollten vom Land weiterhin unterstützt werden. Diese Organisationen können zum einen die Schulen in ihrer Arbeit gegen Diskriminierung unterstützen als auch die Schüler*innen zu einem ehrenamtlichen Engagement bewegen.

Lehrmaterial überprüfen!

Wir fordern, dass alle Lehrbücher, -hefte und weiteres Lehr- und Lernmaterial, das in Berliner Schulen genutzt wird, auf alle Diskriminierungsformen überprüft wird, und, dass das Ergebnis dieser Prüfung veröffentlicht wird. Die Prüfung der Lehrmaterialien soll durch eine Berliner Schulbuchkommission erfolgen. Der Juso-Landesvorstand wird die Einrichtung einer Schulbuchkommission anregen und sich bemühen, Einfluss auf die Zusammensetzung der Kommission zu nehmen. Es kann nicht sein, dass auch in Büchern, die die Schüler*innen verwenden unterschwellig Stereotype reproduziert werden. Bei Extremfällen sollte über den Ausschluss dieser Bücher aus dem Unterricht nachgedacht werden.

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Bislang konnten sich die Koalitionsfraktionen noch auf kein integriertes Konzept gegen Diskriminierung an Schulen verständigen; allerdings gibt es vor allem im Bereich der sexuellen Vielfalt immer wieder Versuche, gezielt Programme zu initiieren. Ein weitergehender Antrag bleibt der nächsten Wahlperiode vorbehalten.